

Neue

Freie

Zeitung

Nr. 22 • Freitag, 31. Mai 2019

€ 0,80

Österreichische Post AG

WZ 020302878 W

Neue Freie Zeitung (NFZ), Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a,
A-1080 Wien - Tel.: 01 512 35 35 0 - Fax: 01 512 35 359

Retouren an NFZ, Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien

ÖVP verkauft Salzburger einfach für dumm!

Bis 2013 wurden in Salzburg Gemeinderats- und Landtagswahlen an einem Termin abgehalten. Die Forderung der FPÖ zur Rückkehr zu diesem Steuergeld schonenden Wahlmodus wird von der ÖVP abgelehnt, weil dies die Bürger überfordere, kritisiert Andreas Schöppl.

S. 13



Foto: Land Salzburg

Das Parlament beendet Kurz' „Staatsstreich“!

Volkvertreter ließen sich von „Märtyrer-Simulation“ des Kanzlers nicht blenden **S. 2/3**



Bravo, Harald! Danke, Österreich!

17,2 Prozent bei EU-Wahl sind gute Basis für Nationalratswahl im Herbst **– S. 4/5**

PARLAMENT

Video gegen Gold

Die dubiosen Macher des „Ibiza-Videos“ haben ihr „Werk“ an den deutsche Verein „Zentrum für politische Schönheit“ um 600.000 Euro verkauft. Vorher hatten sie vergeblich versucht, das Material in Österreich an Medien und Parteien zu verkaufen. **S. 7**

AUSSENPOLITIK

Brüssel vor Wandel?

Europas Bürger haben die große Koalition in Brüssel abgewählt. Die drei EU-kritischen Fraktionen wären zusammen zweitstärkste Fraktion im Europaparlament, knapp hinter der Europäischen Volkspartei, aber weit vor den abgestürzten Sozialisten. **S. 8/9**

WIEN

Weiter Schulden

Das Festhalten an der „Willkommenskultur“ und Sinnlos-Projekten sowie die Unfähigkeit von Rot-Grün kommen Wiens Steuerzahler teuer zu stehen. Auch heuer droht ein weiteres Anwachsen des Schuldenberges um weitere 289 Millionen Euro. **S. 11**

MEDIEN

Brauner Balken

Die Antipathie der deutschen Medien gegenüber der FPÖ nimmt ihrer skurrilere und geschmacklosere Formen an. Die öffentlich-rechtliche ARD verpasste der FPÖ in der Hauptnachrichtensendung zum EU-Wahlergebnis einen „braunen Balken“. **S. 14**



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

„Dann zu erleben, dass diese gute Zusammenarbeit durch Enthüllungen und durch die mangelnde Einsicht der FPÖ, dass Kickl nicht gegen sich selbst ermitteln kann, zerstört wird, das waren keine schönen Momente.“

Kurz' Märtyrerlüge

Damit zerstört Sebastian Kurz in einem Satz die von der ÖVP propagierte „Märtyrerrolle“ des Kanzlers, dessen Wahlkampf als türkische Passionsspiele geplant sind: Der arme ÖVP-Erlöser, verraten vom FPÖ-Judas.

Entweder stellt sich Kurz dumm, was ihm taktisch zuzutrauen wäre, oder er lügt ganz einfach, was den Kern wohl eher trifft. Denn Ermittlungen werden von der Staatsanwaltschaft geführt! – und nicht, wie das falsche Opferlammchen Kurz suggerieren will, vom Innenministerium. In diesem Fall sogar von der rot-grün affinen Wiener Staatsanwaltschaft, die in den letzten Jahren eifrig als Recherche-Kollektiv für „Falter“ und „profil“ tätig war.

Fürchtet Kurz nicht vielmehr, dass bei den Ermittlungen auffliegen könnte, dass ÖVP-Innenminister, beginnend mit Ernst Strasser, das „Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung“ verlernen haben lassen?

Da gehen ein BVT-Spitzel und ein dubioser Rechtsanwalt einhalb Jahre mit einem Video in Redaktionen, Partei- und Firmenzentralen hausieren, das den Vizekanzler der Republik kompromittiert, und der BVT will davon nichts mitbekommen haben?

Hätte der BVT-Chefetage auch nur einen Funken Anstand, dann wäre sie nach dem Auftauchen des Videos geschlossen zurückgetreten.

Aber der Herr Kurz braucht sie ja noch im Wahlkampf, zum Aufrechterhalten seiner Märtyrerlüge.

Demokratie siegt über schw

Misstrauensvotum beendet für's Erste den Machtrausch der Polit-Intrigant

Und wieder haben die Freiheitlichen die taktischen Machtspielen von ÖVP-Chef Sebastian Kurz durchkreuzt. Nach der Nicht-Eliminierung Herbert Kickls haben sie ihm jetzt auch den Zugriff auf das Personal und die Werbemillionen der Ministerien für den Wahlkampf verweigert – per Misstrauensantrag im Nationalrat.

Sebastian Kurz spielt derzeit die Rolle, die er am besten kann: diejenige des staatstragenden Märtyrers. Zuerst hat er sich geopfert, um mit der FPÖ Reformen in Österreich auf den Weg zu bringen. Nach dem „Ibiza-Video“ spielte er das Opfer der ruchlosen FPÖ, die ihn quasi in eine Alleinregierung getrieben hat, um eine „Staatskrise“ zu vermeiden. Und jetzt gibt er erneut das Opfer, diesmal als das einer rot-blauen Verschwörung, die ihn aus dem Kanzleramt und das Land in eine noch tiefere „Staatskrise“ gedrängt hat.

Kurz gibt die „Opferrolle“

Dass seine Berater diese Möglichkeit des gelebten Parlamentarismus übersehen haben könnten, gibt zu denken. Denn hat er doch jetzt die Möglichkeit, sein „Passionsspiel“ bis zur Nationalratswahl im Herbst als Daueraufführung zu geben. Denn an politischen Erfolgen hat er, außer dem Koalitions-Marketing, nichts vorzuweisen, haben ihm doch die Knochenarbeit bei den bisherigen Reformen freiheitliche Minister abgenommen.

Besonders einer, der Kurz' Mantra von der Schließung der „Balkanroute“ als Innenminister zur Realität hat werden lassen: Herbert

Kickl. Und der hätte ihm bei der Aufklärung über die Hintermänner des „Ibiza-Videos“ gefährlich werden können, zieht sich doch eine üble Spur von den Produzenten des Erpressungswerkes hinein in das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismus. Jenes BVT, das unter niederösterreichischen ÖVP-Ministern quasi zu einer „schwarzen Stasi“ deformiert wurde.

Schwarze Spur zu „Ibiza-Video“

Und siehe da: Der in das „Ibiza-Video“ ursächlich involvierte Anwalt vertritt zwei ÖVP-Auskunftspersonen im BVT-Untersuchungsausschuss. „Es gibt eine seltsame Ansammlung zeitlicher und personeller Verbindungen“, vermutet Kickl einen Zusammenhang mit seiner Abberufung als Innenminister und der Untätigkeit der Behörden in Sachen Ermittlung der Hintermänner – während die Korruptionsstaatsanwaltschaft bei Untersuchungen gegen FPÖ-nahe Vereine prompt agiert hat.

Investigative Recherchen, natürlich nicht der sich dafür brüstenden Journalisten hierzulande, die diesen Ruf in erster Linie den Spickzetteln der Staatsanwaltschaft Wien ver-

„Sie haben sich von jener alten ÖVP, v. FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl mit B

danken, sondern des Online-Magazins „EU-Infothek“ zeichnen eine Spur in Richtung des Beraterkreises des Herrn Kurz. (Siehe dazu auch Seite 7).

Keine Folgen durch Rücktritt

Wem Nicht-mehr-Kanzler Kurz allerdings fehlen wird, sind seine Protegés in Brüssel, die nach der Wahlschlappe der Europäischen Volkspartei beim Postengerangel jetzt auf die Fürsprache von Angela Merkel hoffen müssen. Immerhin haben deutsche Medien das „Ibiza-Video“ weidlich genutzt, um



SPITZE FEDER Zukunftssorgen der Noch-SPÖ-Chefin

IMPRESSUM Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz
 Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
 Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
 Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
 Freiheitlicher Parlamentsklub,
 Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien
 Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
 Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
 Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9
 E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
 E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
 Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29
 Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien
 Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
 Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
 Auslandsjahresbezug: € 73
 BIC: OPSKATWW
 IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
 Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.
 Verlags- und Herstellungsort: Wien
 Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

warze Machtgier!

ten aus dem ÖVP-Bundeskanzleramt



on der Sie sich angeblich losgesagt haben, treiben lassen“, rechnete Bundeskanzler Kurz und dessen Koalitionsbruch in der Sondersitzung ab.

dem Fraktionspartner der FPÖ im Europaparlament, der AfD, so richtig bundesdeutsch „eins vor den Latz zu knallen“. Die Partei blieb in den westlichen Bundesländern hinter den Erwartungen zurück.

Die Österreicher werden unter dem vom Parlament erzwungenen Rücktritt der Kurz-Mannschaft nicht leiden. Denn als ersten Akt hat das Kurz'sche „Expertenkabinett“ ja flugs die Verordnung von Kickl zurückgenommen, wonach Asylwerber in Grundversorgung bei Hilfsdiensten nicht mehr verdienen dürfen als Grundwehr- oder

Zivildienst. Die „1,50-Verordnung“ – wie auch schon vorhergehende Verschärfungen des Asylgesetzes – sind von den alt-schwarzen ÖVP-Landeshauptleuten massiv kritisiert worden.

So gesehen ist von weiteren Rücknahmen oder „Entschärfungen“ von Reformen der Koalition, die von Neos und Liste Jetzt schon gefordert wurden, nichts mehr zu erwarten. Außer, die ÖVP lässt sich in ihrem Anti-FPÖ-Passionsspielchen im Nationalrat zu Gefälligkeiten für potentielle Koalitionspartner nach der Herbstwahl hinreißen.

AUFSTEIGER ↗



FPÖ-Klubobmann **Herbert Kickl**, der die von der ÖVP zelebrierte „Staatskrise“ durch das Misstrauensvotum als „polit-strategische Krise“ der Kanzlerpartei entlarvte, weil sie so im Wahlkampf nicht auf die Ministerien zugreifen kann.

ABSTEIGER ↘



Ex-Bundeskanzler und ÖVP-Chef **Sebastian Kurz**, der bei seinem Griff nach der Alleinregierung die Möglichkeiten des Parlaments übersehen hat. Das Misstrauensvotum im Nationalrat war die logische Folge strategischen Fehlers.

KURZ UND BÜNDIG



Transparenz bei Parteispenden

Die Chance für eine verantwortungsvolle Reform der Regelungen für Parteispenden und Wahlkampfkosten-Obergrenze sollte jetzt genutzt werden, forderte der designierte FPÖ-Bundesobmann Norbert Hofer (Bild). Daher habe die FPÖ in der letzten Sitzung des Nationalrats einen Antrag eingebracht, gemäß dem Großspenden auf 3.500 Euro pro Person oder Firma und Jahr beschränkt und die Ausgaben parteinaher Vereine in Wahlkampfzeiten in die Wahlkampfausgaben der Partei mit eingerechnet werden.

Teamarbeit für Dokortitel

Die „Dissertations-Teamarbeit“ von Othmar Karas stößt FPÖ-Abgeordnetem Walter Rosenkranz (Bild) sauer auf. Denn dabei handle es sich um einen unglaublichen Fall von unerlaubter Vorteilsnahme auf Kosten der Steuerzahler: „Karas legt seine Dissertation in die Hände seiner Assistenten – und zahlen dafür darf die Allgemeinheit.“ Rosenkranz fordert Bildungsminister Heinz Faßmann auf, eine Überprüfung anzuordnen, ob die Dissertation Karas angerechnet werden kann, oder ob Karas seinen Dokortitel wieder zurücklegen muss.



Hetzjagd auf die Falschen

Nachdem die Überprüfung der zu Unrecht verdächtigen Vereine „Austria Motion“ und „Wirtschaft für Österreich“ ergeben hat, dass keine Spenden an die FPÖ getätigt wurden, versuche man verzweifelt nach einer neuen Geschichte und zerrte drei weitere Vereine in die Schauprozess-Arena gegen die Freiheitlichen, empörte sich FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker (Bild) über „die Hexenjagd gegen die FPÖ“: „Anstatt weiter zu versuchen, die FPÖ anzuputzen, wäre es interessanter, die ÖVP-nahen Vereine zu beleuchten, die Regierungspolitiker ‚betreuen‘ oder die Kanzler-Partei im Wahlkampf unterstützten.“



BILD DER WOCHE Kurz' „Message-Control“-Manie: Während der Sondersitzung erteilte er per Handy seine Regieanweisungen

„Jetzt hat wieder die alte, schwarze ÖVP das Sagen!“

Der freiheitliche Spitzenkandidat Harald Vilimsky erläutert im NFZ-Interview, wieso es nicht zum erhofften Absturz der Freiheitlichen kam und welche Auswirkungen das Ergebnis für den Wahlkampf der FPÖ zur Nationalratswahl im Herbst haben wird.

Die FPÖ hat bei der EU-Wahl 17,2 Prozent erreicht. Sind Sie mit diesem Ergebnis zufrieden?

Vilimsky: Ja, definitiv! Angesichts all dessen, was in der letzten Woche vor der Wahl passiert ist, ist das ein absolut respektables Ergebnis. Damit haben wir im Vergleich zu 2014 nur rund zwei Prozentpunkte verloren. Das zeigt, dass wir eine ganz starke Stammwählerschaft haben. Dieser sensationelle Zusammenhalt ist ein Beweis dafür, dass wir den Ruf einer reinen Protestpartei längst überwunden haben. Diese freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft hält zusammen, auch wenn es einmal heftig stürmt, wie in den letzten sieben Tagen vor der Wahl. Herzlichen Dank dafür! Wir werden alles daransetzen, dass wir uns dieses Vertrauens als würdig erweisen.

Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der anderen Parteien?

Vilimsky: Das relativ gute Abschneiden der Grünen hat sich seit den Richtungskrämpfen in der SPÖ schon seit längerem abgezeichnet, ist also nicht überraschend. Dass die Neos ihr Potential nicht vergrößern konnten, macht klar, dass ein derart radikal EU-zentralistisches Programm ein Minderheitenthema ist. Die Österreicher wollen ihre Neutralität noch lange nicht für eine EU-Armee aufgeben. Dass die SPÖ als bisher größte Oppositionspartei trotz der jüngsten Ereignisse auch noch Verluste erlitten hat, zeigt nur den desolaten Zustand dieser Partei unter Rendi-Wagner auf. Das ist aber auch symptomatisch für den Niedergang der Sozialisten in ganz Europa.

Und die ÖVP?

Vilimsky: Bitter ist, dass Sebastian Kurz, der nun schon die zweite Regierung binnen zwei Jahren gesprengt hat, dafür auch noch honoriert wird. Aber das wird so auf Dauer wohl nicht bleiben. Und es zeigt sich anhand der Vorgangsweise von Sebastian Kurz in den vergangenen Tagen, dass nicht nur mit dem EU-Spitzenkandidaten Othmar Karas wieder die alte, schwarze ÖVP verstärkt das Sagen hat.

Kann man aus dem Ergebnis der EU-Wahl auf die kommenden Nationalratswahlen schließen?

Vilimsky: Nein, nicht wirklich. Schon zu „normalen“ Zeiten weichen die Ergebnisse dieser beiden Wahlen voneinander ab. Und in einer Ausnahmesituation, wie wir sie derzeit in Österreich vorfinden, wird's noch schwieriger. Aber eines kann ich den Österreichern schon jetzt in Hinblick auf die Nationalratswahlen im Herbst versprechen: Die Freiheitlichen werden ein gewaltiges Wähler-Rückholprogramm starten. Denn nicht wir haben die Koalition in Wien platzen lassen, sondern Sebastian Kurz und die ÖVP haben das alleine zu verantworten! Wir haben

Verantwortung gezeigt, die politisch und moralisch notwendigen Konsequenzen gezogen, um Schaden vom Land abzuhalten. Die ÖVP hat hingegen einmal mehr nur ihre Machtversessenheit demonstriert.

„Kurz demonstriert die alte ÖVP-Machtversessenheit.“



Thema der Woche

Die Bürger wissen, wem sie den rot-weiß-roten Reformkurs verdanken, u

Das macht richtig Mut

17,2 Prozent bei der EU-Wahl – FPÖ startet für Na

Sebastian Kurz ist doch kein zweiter Wolfgang Schüssel – und die Österreicher haben ein realistischeres Bild über die FPÖ als die Medien. Das ist das Resümee der EU-Wahl vom vergangenen Sonntag, das den Freiheitlichen für die Fortsetzung ihres Reformkurses durch den Wählerauftrag der Österreicher im Herbst Mut macht.

Die fulminante Abschlusskundgebung der Freiheitlichen zur Europawahl mit der neuen Parteispitze Norbert Hofer und Herbert Kickl sowie Harald Vilimsky machte Mut und nahm bereits das vorweg, was sich am Wahlabend bestätigte: Die FPÖ hat sich eine Stammwählerschaft aufgebaut, die dem Vergleich zu den beiden „Volksparteien“ stand hält und sie zu einem gewichtigen Faktor - oder „Neudeutsch“ - einem „big player“ in der heimischen Innenpolitik macht.

FPÖ ist auf richtigem Weg

Das Ergebnis zur Europawahl, 17,2 Prozent der Wählerstimmen und damit drei Mandate im Europaparlament, sieht auch Generalsekretär Christian Hafenecker als ein absolut positives Signal für die kommende Nationalratswahl: „Nach diesem bösartigen Angriff auf die FPÖ zeigt das Ergebnis, dass die Österreicher weiterhin hinter uns stehen und die freiheitliche Politik als den richtigen Weg

für Österreich sehen. Es ist natürlich auch Harald Vilimskys beispiellosem Wahlkampf bis zur letzten Minute geschuldet, wofür ich ihm im Namen der gesamten Partei herzlich danken möchte. Mit einem derart engagierten Einsatz werden wir jetzt eine noch nie dagewesene Wähler-Rückholaktion starten.“

Dass ein Ergebnis jenseits der 20-Prozent-Marke wie bei den letzten beiden Nationalratswahlen kein Wunschtraum ist, verdeutlicht die Wählerstromanalyse (siehe Grafik Seite 5) des EU-Wahlergebnisses. Die Hälfte der im Vergleich zur Nationalratswahl 2017 „verlorenen“ Wähler ist nicht zu einer anderen Partei übergelaufen, sie hat das „Ibiza-Video“ ins Lager der Nichtwähler getrieben.

Um das Vertrauen dieser Wähler wieder zu erlangen, hat die FPÖ die personellen und inhaltlichen Konsequenzen gezogen.

Mit Norbert Hofer steht der Mann an der Spitze, den fast die Hälfte der Österreicher nur allzu



nd wer der politische Garant für mehr Sicherheit in ihrem Österreich ist.

Mut für den Herbst!

ationalratswahl die Aktion „Wählerrückholung“!

gerne als Bundespräsidenten gesehen hätten. Und neben ihm Herbert Kickl, der als Innenminister derart imponiert hat, dass die ÖVP ihn unbedingt ins politische Ausgedingte schicken musste.

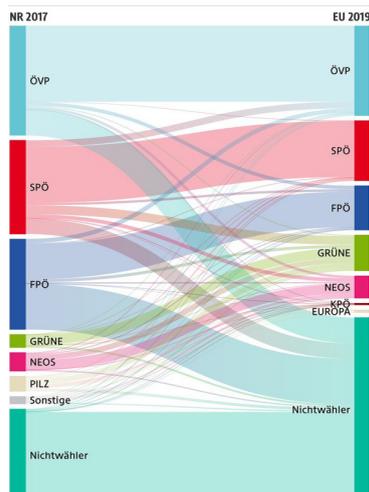
Der Vergleich macht sicher

Zudem habe die ÖVP gezeigt, wie weit es mit ihrem Image der „Reformpartei“ her ist, betonte Hafenecker – einmal abgesehen davon, dass die „heißen Reformkartoffeln“ der letzten eineinhalb

Jahre sowieso die freiheitlichen Minister aus dem Feuer geholt und umgesetzt haben: „Die ÖVP hat jetzt wieder ihre alte, tiefschwarze Seele gezeigt, der es einzig und alleine um die Macht im Land und nicht um die Interessen der Österreicher geht.“

Schließlich habe ÖVP-Chef Sebastian Kurz sich den zweifelhaften Ruf des „Sprengmeister der Republik“ erworben, der innerhalb von zwei Jahren zwei Bundesregierungen auf dem Gewissen habe. „Wenn es eine instabile Situation im Land geben sollte, wie die ÖVP jetzt lamentiert, dann ist das einzig und allein der ÖVP zu verdanken: Sie hat das Koalitionsabkommen gebrochen, sie hat die Koalition gesprengt und wurde dafür vom Parlament in die Wüste geschickt.“

Die Freiheitlichen werden alles daransetzen, in den nächsten Wochen aufzuzeigen, wer den Kurs der bei den Bürgern bisher beliebtesten Bundesregierung gesetzt und für deren Reformen verantwortlich ist. „Wir werden den Österreichern klar machen, dass der rot-weiß-rote Reformkurs im kommenden Herbst nur mit jener Partei fortzusetzen ist, die diesen ausgearbeitet hat. Wer hat’s getan? Die FPÖ!“



Die Aufgabe für den Herbst: Die (Nicht-)Wählerrückholung.



Erleichterung bei FPÖ-Generalsekretär Hafenecker und Salzburgs Marlene Svazek (oben) – Diskussionsbedarf über SPÖ-Verluste bei ZiB-Chef-Dittlbacher und SPÖ-Lobbyisten Kalina (unten).



Keine Freude hatte Othmar Karas mit dem Ergebnis seines Kontrahenten Harald Vilimsky (oben). Letzter gemeinsamer Auftritt der österreichischen Spitzenkandidaten zur Europawahl am Wahlabend im Haus der EU-Vertretung in Wien (unten).





HOHES HAUS

Norbert Nemeth
Clubdirektor der FPÖ

Dass Montag, der 27. Mai 2019, ein für Österreich historischer Tag war, ist unstrittig und von so vielen Kommentatoren hervorgehoben worden, dass man nicht mehr darauf hinweisen muss. Tatsächlich war es das erste Mal, dass einer Regierung im Parlament das Misstrauen ausgesprochen wurde.

Historischer Irrtum

Wer den Gänsemarsch des Kabinetts Kurz von der Regierungsbank hinaus ins Couloir live gesehen hat, wird die Bilder nie vergessen, zu einmalig waren sie. Einmalig waren auch die Umstände, die dazu geführt haben, nämlich die Vorgangsweise, mit der Herbert Kickl aus dem Amt gedrängt wurde.

Obwohl er mit dem Ibiza-Video nicht das Geringste zu tun hat, wurde sein Abgang zur Koalitionsbedingung gemacht - nachdem zuvor nur der Rückzug des Vizekanzlers das war. Wenige Stunden später war Herbert Kickl der erste entlassene Minister der Zweiten Republik.

Was dabei besonders stutzig macht, ist die nunmehr bewiesene Tatsache, dass von der ÖVP dieser Machtpoker ohne Absicherung im Parlament durchgezogen wurde - mit der Gefahr, so mit Vollgas gegen eine Wand zu fahren, auf der riesengroß „Misstrauen“ steht.

Anscheinend hatte die ÖVP darauf vertraut, die FPÖ würde klein begeben, was sich im Nachhinein als Fehleinschätzung von historischer Dimension erwies. In der FPÖ wurde solch eine Rochade keine Sekunde lang in Erwägung gezogen. Diese Geschlossenheit hat der Partei bei der EU-Wahl ein respektables Ergebnis gesichert, das Mut für die Nationalratswahl macht.

FREIHEITLICHER PARLAMENTSKLUB

Rückkehr in den Nationalrat

Die Koalitionsauflösung durch die ÖVP hat auch zu personellen Veränderungen im Nationalrat geführt. Für die FPÖ kehren Herbert Kickl, Norbert Hofer und Hubert Fuchs in den Nationalrat zurück. Als weiterer Neuzugang wurde der Oberösterreicher Thomas Dim (Bild) angelobt, der das Mandat von Wolfgang Klinger übernahm, der die Nachfolge des zurückgetretenen oberösterreichischen Landesrats Elmar Podgorschek angetreten hat.



Foto: FPÖ Redaktions

INNENPOLITIK

Neuwahlantrag

Vier der fünf Parlamentsfraktionen (ÖVP, SPÖ, FPÖ, NEOS) haben einen gemeinsamen Neuwahlantrag im Parlament eingebracht und sind sich darin einig, dass die XXVI. Gesetzgebungsperiode nach dem erfolgten Bruch der Koalition zwischen ÖVP und FPÖ vorzeitig beendet werden soll.

Fehlkalkulation in der schwarzen Machtregie?

Nationalrat spricht zum ersten Mal einem Kanzler das Misstrauen aus

Das hatten die Regisseure der schwarzen Machtübernahme nicht einkalkuliert, einen vom „Staatskrisen-Pathos“ des Kanzlers und des Bundespräsidenten uneingeschüchertem Nationalrat. Der sprach ÖVP-Kanzler Sebastian Kurz und seinen Ministern das Misstrauen aus. Eine Premiere in der Geschichte der Zweiten Republik.

„Damit hat der österreichische Nationalrat der Bundesregierung das Vertrauen versagt.“ Mit diesem Satz der Vorsitz führenden Zweiten Nationalratspräsidentin Doris Bures endete am Montag Nachmittag um 16.15 Uhr eine historische Sitzung des Nationalrates. Der 186. Misstrauensantrag in der Zweiten Republik war der erste, der im Nationalrat eine Mehrheit fand. Zum ersten Mal haben Volksvertreter dafür gesorgt, dass eine Regierung zurücktreten muss.

Für die SPÖ, die den Antrag stellte, argumentierte Parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner: „Sie wollen die Zustimmung und Vertrauen für eine ÖVP-Alleinregierung - und das im Nachhinein. Diesen schamlosen, zügellosen und verantwortungslosen Griff nach der Macht werden wir nicht zulassen.“

Die Unschuld in schwarz

Bundeskanzler Sebastian Kurz versuchte dennoch, seriös zu bleiben, scheiterte aber daran, eine Erklärung für die angebliche „Staatskrise“ zu finden. Ja, er verstehe ja die Rachegefühle der Opposition gegen ihn, gab Kurz den Verständnissvollen. Aber deswegen die gesamte Regierung abzusetzen, das „kann niemand in dem Land nachvollziehen“. So meinte er, den von ihm inszenierten Koalitionsbruch übertünchen zu können.

Sein Klubobmann August Wöginger spielte den überraschten Unschuldigen. Das Agieren der SPÖ nannte er „unfassbar und unglaublich“. Mit dem Misstrauensantrag gegen Bundeskanzler Kurz handle die größte Oppositionspartei „gegen den Willen der Bevölkerung“. Als Beweis dafür, zerrte er das Abschneiden der ÖVP bei der EU-Wahl an den Haaren herbei - wohl wissend, dass dies nichts mit der Zusammensetzung des Nationalrates zu tun habe.

Wöginger forderte „volle Transparenz und Aufklärung“ - und zwar bei den Parteispenden von Vereinen an die Freiheitlichen. Mit

einem ehemaligen FPÖ-Generalsekretär als Innenminister wäre diese Untersuchung nur schwer möglich, bezichtigte Wöginger den Ex-Innenminister des potentiellen Amtsmissbrauchs.

Dass Kickl gemäß den Statuten der FPÖ als Generalsekretär keinerlei Zugriff auf die Finanzen hatte, stellte der neue FPÖ-Klubobmann selbst richtig. In der Folge erinnerte Kickl den ÖVP-Kanzler daran, dass sich nur die ÖVP nicht an die Koalitionsvereinbarung gehalten habe. „Es ging um die Wiederherstellung der Macht-Achse der ÖVP. Dieser Griff nach der Macht ist widerlich“, erklärte Kickl und wies darauf hin, dass Kurz das Justiz- und Innenressort wieder bei der ÖVP haben wollte - womöglich, um die Aufklärung der Verantwortlichkeiten für das „Ibiza-Video“ zu ver- oder behindern.



„Die Machtinteressen der alten ÖVP zeigen ein Sittenbild, vor dem der ‚Ibiza-Skandal‘ geradezu verblasst“, hielt Kickl dem Kanzler vor.

„Ibiza-Gate“: Wer zahlte Goldschatz für Film?

Sicherheits-Experten und Anwalt gingen eineinhalb Jahre mit dem brisanten Film hausieren

Bereits 2017 wussten namhafte Kreise aus Politik, Medien und Wirtschaft vom Video – aber keiner wollte es um zwei Millionen Euro kaufen. Letztlich soll ein dubioser deutscher „Verein“ 600.000 Gold-Krügerrand dafür bezahlt haben – woher aber stammt der Goldschatz?

Irgendwie klingt die Geschichte, die das Online-Journal „eu-infothek“ (EUI) akribisch recherchiert hat, viel zu (I)bizar, um wahr zu sein. Da entwickeln vier Sicherheits-Experten, denen durch einen Fall von Betriebsespionage 2015 die potenten Auftraggeber weggebrochen waren, ein neues „Geschäftsmodell“: die Herstellung hochbrisanter Videos, die man dann dem Meistbieter verkauft.

Gemeinsam mit dem iranisch-stämmigen Wiener Anwalt Ramin Mirfakhrai ging man auf die Suche: Eine dem Anwalt bekannte Maklerin erzählte vom Erbe der Familie Gudenus, einem Wald nördlich von Krems mit Eigenjagd. Gleichzeitig soll auch ein Sicherheitsmann aus der Nähe von HC Strache dem Anwalt – warum auch immer – nahezu täglich Details aus dessen Lebenswandel, Vorlieben und Gewohnheiten verraten haben. Nun war klar: Das Opfer heißt FPÖ.

Welche Rolle spielt Haselsteiner?

Der Rest ist bekannt. Man bahnte sorgsam den Kontakt zu Gudenus an, eine bosnische Agrar-Studentin mimte die „Oligarchen-Nichte“, die Gudenus und Strache in die verwanzte Ibiza-Urlaubsvilla (auf die man durch Kontakte zum österreichischen Geheimdienst gekommen war) lockte und dort unter so viel Drogen und Alkohol setzte, dass sie nicht mehr wussten, was sie da alles von sich gaben. Man investierte mehrere Monate Zeit und rund 380.000 Euro.

Doch der Verkauf der Sieben-Stunden-Mitschnitte verlief nicht so glatt, wie sich das Amateur-Filmer vorgestellt hatten: So soll man ihn bereits 2017, gleich nach Fertigstellung, politischen Parteien und Medien in Österreich angeboten haben. Auch der Unternehmer Hans Peter Haselsteiner (Strabag), bei Gott kein FPÖ-Freund, soll das Video bereits damals gekannt haben, waren doch die Sicherheits-Experten schon mehrmals für ihn tätig. Doch keiner wollte damit etwas zu tun ha-

ben, schon gar nicht um kolportierte 1,5 bis zwei Millionen Euro. Auch in Deutschland blitzte man damit ab – vorerst.

Neben all diesen Leuten müssen höchstwahrscheinlich auch der österreichische (damals ÖVP-geführte) und der deutsche Geheimdienst vom Video (und dessen Herstellungsmethode) gewusst haben, galt die Ibiza-Villa doch in der Branche als idealer Ort zur Überführung von Drogenhändlern, Geldwäschern, Finanzjongleuren und anderen.

So blieb man vorerst auf Tauchstation – bis Frühjahr 2019. Jetzt sah man angesichts der EU-Wahl den richtigen Zeitpunkt für gekommen, die Bombe platzen zu lassen. Anwalt Mirfakhrai verkaufte zwar in Österreich nichts, bekam aber den Tipp, es doch nochmals in Deutschland zu versuchen.

Das übernahm laut EUI einer der vier Sicherheits-Experten, Julian Hesselthaler (er war als Begleiter „Julian Thaler“ der „Oligarchen-Nichte aufgetreten), Über eine bekannte Berliner Anwaltskanzlei fand sich ein „Verein“ als Interessent. Es folgten harte Preisverhandlungen, und statt um die geforderten 1,5 bis zwei Millionen gingen sieben vom Kunden ausgewählte Sequenzen um 600.000 südafrikanische Krügerrand in Gold (!) ins Eigentum des „Vereins“ über. Laut EUI soll es sich dabei um die Aktionistengruppe „Zentrum für politi-



Strabag-Chef Haselsteiner: Nur Ungarn-Lobbyist wußte vom Video?



ZPS-Gründer Philipp Ruch (r.) bei einer seiner „Aktionen“.

sche Schönheit“ (ZPS) handeln, die den Kauf jedoch bestreitet.

Fraglich ist nun, woher die Käufer 600.000 Krügerrand-Goldmünzen in bar hatten – und wie sie Hesselthaler & Co. wieder zu Bargeld machen konnten. Das wäre eigent-

lich Aufgabe der Justiz, die aber in Deutschland wie Österreich eine eher traurige Figur abgibt: Alle genannten Recherchen und Erkenntnisse dazu stammen bisher von Medien wie der EUI.

Werner Grotte

AUFGEDECKT

Kein Verfahren, keine Intervention

Zum Entsetzen der Neos hat die Staatsanwaltschaft Wien kein Verfahren gegen die FPÖ wegen „Verhetzung“ eingeleitet, das der Verein „SOS Mitmensch“ wegen der angeblichen Forderung der FPÖ, Moslems vom „Zugang zum Gemeindebau“ auszuschließen, angestrengt hatte. „SOS Mitmensch“ erblickte darin eine Parallele zu den NS-Rassengesetzen. Für die Staatsanwaltschaft Wien bewegten sich die von „SOS Mitmensch“ zitierten Äußerungen jedoch „im Rahmen des politischen Diskurses“. Vor allem aber würden sich die „von den Angezeigten geäußerte Forderung wesentlich von der Forderung nach einer Vertreibung von Juden aus Gemeindebauten durch deren Kündigung zum Zwecke der Arisierung der Wiener Gemeindebauten ab dem Jahr 1938“ unterscheiden. Auch die von den Medien tagtäglich dargestellten Probleme mit Moslems stellten keine Herabwürdigung dar.



Volle Belegung in den Schubhaftzentren

Laut der Beantwortung der Anfrage der Liste Jetzt an Ex-Innenminister Herbert Kickl kam zu Tage, dass im vergangenen Jahr insgesamt 5.010 Personen in Schubhaft genommen worden sind. Sie waren im Durchschnitt 25,2 Kalendertage in Polizeianhaltezentren untergebracht, ehe sie in ihr Herkunftsland oder im Rahmen des Asylverfahrens gemäß dem Dublin-Abkommen in das Land der Europäischen Union zurückgeschoben wurden, aus dem sie nach Österreich eingereist sind. Angeführt wurde die Nationalitätenliste von Nigeria (809 Personen), Slowakei (412), Serbien (331), Afghanistan (323), Pakistan (281), Marokko (234) und Algerien (231).



Harald Vilimsky

EU-Wahl: Gute Nachrichten aus Brüssel

Die Europäer haben gewählt – und in Brüssel hat sich einiges geändert: Die Allianz von Matteo Salvini, zu der auch die FPÖ gehört, hat mehr als 70 Mandate erreicht. Das bedeutet fast eine Verdoppelung im Vergleich zur bisherigen ENF-Fraktion. Damit kann man mehr als zufrieden sein. Salvinis Lega hat in Italien mit mehr als 34 Prozent einen beeindruckenden Sieg erzielt. In Frankreich ist das dem Rassemblement National von Marine Le Pen bei der EU-Wahl ebenfalls gelungen und hat die Partei von

Präsident Macron hinter sich gelassen.

Neben den beiden großen Staaten Frankreich und Italien haben rechte, reformorientierte Gruppen auch in anderen Ländern beachtliche Ergebnisse erzielt. Die UKIP-Nachfolgepartei „Brexit“ von Nigel Farage wird mit 29 Abgeordneten gleichauf mit der deutschen CDU größte Partei im neuen Europaparlament. Polens PiS hat sieben Mandate zugelegt und hält jetzt bei 26. Auch Viktor Orbáns Fidesz konnte neuerlich dazugewinnen.

Die „große Koalition“ aus Europäischer Volkspartei und Sozialisten ist jedenfalls Geschichte. Gemeinsam geht sich für die beiden keine Mehrheit mehr aus. Nun geht es an die eigentliche Fraktionsbildung. Da werden wir sehen, was sich noch alles an Optionen auftut – nicht zuletzt auch durch den möglichen „Brexit“ und das ungewisse Schicksal Orbáns in der EVP. Wir sind und bleiben optimistisch.

Torys suchen ihren „Brexit“-Premierminister

Das Rennen um die Nachfolge von Theresa May als Vorsitzende der Konservativen und als Premierministerin hat am vergangenen Sonntag begonnen. Vor allem der Zweikampf zwischen Ex-Außenminister Boris Johnson und Umweltminister Michael Gove lässt einen spannenden Zweikampf erwarten.

2016 hatten die beiden gemeinsam den erfolgreichen Abstimmungskampf für den „Brexit“-Entscheid angeführt. Aber die Nachfolge des wegen dieses Erfolges zurückgetretenen Premiers David Cameron entzweite das Erfolgsduo: Grove fiel seinem Mitkämpfer in den Rücken: Sein Freund habe nicht das Format, das Land zu regieren, erklärte Grove und eröffnete damit Theresa May den Aufstieg in die Downing Street 10, dem Sitz des britischen Premierministers.

Dieser „Verrat“ wird ihm von Parteimitgliedern, die mehrheitlich den „Brexit“ befürworten, noch immer nachgetragen, hat er doch Pre-

mierministerin May bis am Ende die Treue gehalten. Vor allem die Anhänger eines ordentlichen „Brexit“ und einer möglichst nahen Anlehnung an die EU sehen in Grove ihren Kandidaten, während Johnson Brüssel unverhohlen bei weiterem Festhalten an den „Knebelbedingungen“ auch einen „harten Brexit“ durchziehen will. Und die Briten wollen den Brexit, das haben sie den Politikern mit ihrem klaren Votum für Nigel Farages „Brexit-Partei“ am Sonntag bekundet.



Johnson, als Favorit im Rennen.

Europas Bürger ha „Koalition“ in Brüssel

Werden auf dem EU-„Posten“-Sondierungstreffen



Buchstäblich ins Wasser gefallen sind die Wahlergebnisse für die beiden Partei und den Sozialdemokraten. Oberwasser bekommen haben hingegen die

Erstmal in der Geschichte der Europäischen Union haben Rot und Schwarz keine Mehrheit im Europaparlament. Die drei EU-kritischen Fraktionen konnten auf 171 Mandate zulegen. Trotz der Hochstilisierung zu einer „Entscheidungswahl“ gelang Brüssel gerade einmal die Mobilisierung der Hälfte der Wahlberechtigten.

Die Wahl vom vergangenen Sonntag hat das Kräfteverhältnis ordentlich durcheinandergewirbelt – trotz der Schlammschlacht der „etablierten“ Parteien gegen die EU-kritischen Parteien, deren Höhepunkt sie in Österreich mit dem „Ibiza-Video“ fand.

Der neue „Gottseibeius“ der Brüsseler Eurokratie, Italiens Innenminister Matteo Salvini, sprach von einem „unglaublichen Erfolg“ der Bewegung, insbesondere für seine Partei in Italien sowie für Marine Le Pen in Frankreich und Nigel Farage in Großbritannien: „Dies sind Zeichen für ein Europa, das sich wandelt!“

Gewinner – Verlierer

Die Europäische Volkspartei stürzte 23,8 Prozent ab – noch inklusive Viktor Orbáns Fidesz-Partei –, die Sozialdemokraten konnten sich gerade noch an der 20-Prozent-Marke festhalten. Von ihren bisher 412 Mandaten verloren sie bei dieser Wahl fast ein Viertel und verfügen zusammen nur noch über 325 der 751 Parlamentssitze.

Zu den klaren Gewinnern der Wahl gehört die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF), der die FPÖ, das Rassemblement national in Frankreich oder die Lega aus Italien angehören. Die Fraktion konnte ihre Sitzzahl von 36 auf 70 Mandate fast verdoppeln.

Die beiden großen Wahlverlierer stehen mit Deutschlands Kanzle-



Lega-Chef Matteo Salvini bedankt sich für die Stimmen, doppelt so viele wie bei

ben die „große sel abgewählt

die erfolgreichen EU-Kritiker ausgebootet?



isher dominierenden Parteien im Europaparlament, der Europäischen Volks-
e EU-kritischen Parteien, allen voran die EFN-Fraktion.

rin Angela Merkel und Frankreichs
Staatschef Emmanuel Macron auch
fest. Merkels CDU schlüpfte erst-
mals bei einer bundesweiten Wahl
unter die 30-Prozent-Marke, die
Liberalen-Hoffnung Macron kam
gar nur noch auf den zweiten Platz
hinter Marine Le Pens Rassemble-
ment National.

Postenschacher eröffnet

Abgerundet wurde dieses Deba-
kel für die EU-Zentralisten vom
Absturz der deutschen Sozialde-
mokraten, die gegenüber der Eu-
ropawahl 2014 am vergangenen

Sonntag mit 15,8 Prozent de facto
halbiert wurden.

Mit Spannung wird daher das
Geschachere am EU-Sondierungs-
treffen erwartet – dessen Ergebnis
bei Redaktionsschluss noch nicht
vorlag –, bei dem sich die Wahl-
verlierer auf einen Kommissions-
präsidenten einigen müssen: den
Sozialdemokraten Frans Timmer-
mans – „Der Islam gehört seit 2000
Jahren zu Europa“ – oder Merkels
Favoriten, den EVP-Spitzenkandi-
daten Manfred Weber.

HINTERGRÜNDE

**Vorläufige offizielle Mandats-
zahl der Fraktionen im Euro-
parlament nach der Wahl
vom 26. Mai 2019:**

Europäische Volkspartei: 177

Sozialdemokraten: 149

Liberalen: 107

Grüne: 69

Linke: 39

**EU-Kritiker:
ECR: 62; ENF: 58; EFDD: 54**

Ohne Fraktion: 36



h bei den Wählern für 34,3 Prozent
den Parlamentswahlen im Vorjahr.

KURZ UND BÜNDIG



Wird Bremen noch röter?

Nach 73 Jahren ist am vergangenen Sonn-
tag auch die letzte verbliebene SPD-Hoch-
burg gefallen. Die SPD verlor ein Viertel
ihrer Wähler und kam mit 24,6 Prozent der
Stimmen nur noch auf den zweiten Platz
hinter der CDU, die mit ihrem Bürgermeis-
terkandidaten Carsten Meyer-Heder 25,7
Prozent eingefahren hat. Aber so ohne weite-
res will die SPD nicht aufgeben. Nachdem
es mit dem bisherigen Koalitionspartner, den
Grünen, nicht mehr für eine Mehrheit in der
Hansestadt reicht, will man die Partei „Die
Linke“ für ein rot-rot-grünes Bündnis gewin-
nen, wie schon in der Bundes-
hauptstadt Berlin. Der Wählerwille scheint der SPD gänzlich egal zu sein.

Islamisten-Anschlag

Knapp drei Tage nach einer Explosion mit
mehreren Verletzten in der südostfranzösi-
schen Stadt Lyon hat die Polizei am Montag
vier Verdächtige festgenommen. Unter ihnen
sei auch der mutmaßliche Täter, teilte die
Staatsanwaltschaft mit. Bei dem mutmaß-
lichen Täter handelt sich nach Angaben der
Staatsanwaltschaft um einen 24-Jährigen aus
Algerien stammenden Franzosen, bei den an-
deren Verhafteten um seine Eltern und einen
jüngeren Bruder. Bei der Explosion der Na-
gelbombe im Stadtzentrum Lyons wurden in-
sgesamt 13 Menschen ver-
letzt, darunter auch ein Kind.



Im Osten ist die Afd bereits eine Volkspartei

In Sachsen und Brandenburg
wurde die AfD bei der Europawahl
am vergangenen Sonntag stärkste
Kraft, in Thüringen musste sie sich
nur noch hauchdünn der CDU ge-
schlagen geben. Deutschlands Me-
dien rätseln jetzt noch intensiver –
und genauso erfolglos wie schon
bisher - über den Erfolg der ver-
ruchten „Rechtsaußen-Partei“ bei
den Ostdeutschen.

Während „der Klimawandel“
das beherrschende Thema der eta-
blierten Parteien bei dieser Eu-
ropawahl war, waren es bei der
AfD die De-facto-Kapitulation des
Rechtstaates vor den sicherheits-
politischen Folgen der Massen-
einwanderung und die drohenden
Arbeitsplatzverluste durch den an-
gedrohten Ausstieg aus der Kohle
bei der Stromerzeugung zur Ret-
tung des Weltklimas.

Die Europawahl war ein
schmerzlicher Testlauf für CDU
und SPD für die im Herbst an-
stehenden Landtagswahlen in diesen
drei Bundesländern. In Sachsen

(25,3 Prozent) und Brandenburg
(19,9) Prozent landete die „Alter-
native für Deutschland“ klar auf
Platz eins. In Thüringen verdrei-
fachte sie ihr Ergebnis der Europa-
wahl von 2014 und kam mit 22,5
Prozent bis auf zwei Prozentpunk-
te an die CDU heran. Am Sonntag
erreichte in Görlitz, dem Wahlkreis
von CDU-Ministerpräsident Mi-
chael Kretschmer, der AfD-Ober-
bürgermeisterkandidat Sebastian
Wippel die meisten Stimmen und
gilt als Favorit für die Stichwahl.

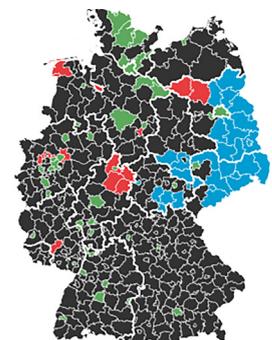


Foto: bundeswahlleiter.de

Der Osten leuchtet blau.

TERMINE

4 Bezirksteilstammtisch Stadlau

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 4. Juni 2019, zum Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

5 Stammtisch der FPÖ Landstraße

Die FPÖ Landstraße lädt am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, zum Stammtisch mit einer Analyse von LAbg. Leo Kohlbauer zur EU-Wahl in ihr Bezirksparteilokal (Am Modenapark 8-9, 1030 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

5 Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, zum Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen ins Gasthaus „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 64, 1200 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

5 Stammtisch der Senioren in Raab

Der Seniorenring Raab lädt am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, zum Geburtstagsstammtisch ins Gasthaus Schraml (Dr.-Pfluger-Straße 1, 4760 Raab). Beginn: 12.00 Uhr.

5 Stammtisch der FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, zum Stammtisch mit Bezirksrat Werner Stepanowsky ins Gasthaus „Auszeitüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

5 Seniorenstammtisch in Schärding

Der Seniorenring Schärding lädt am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, zum Vätertagsstammtisch ins Gasthaus „Kreuzberg“ (Passauer Str. 75, 4780 Schärding) Beginn: 11.30 Uhr.

6 Seniorenstammtisch in Meidling

Die FPÖ Meidling lädt am Donnerstag, dem 6. Juni 2019, zum Seniorenstammtisch ins Restaurant „Bierstöckl“ (Hetzendorfer Straße 79, 1120 Wien) Beginn: 15.00 Uhr.

LESER AM WORT



„Größter Politskandal“

Liebe Reporter und Berichterstatter, diese Jubelmeldung Ihrerseits ist eine klare Lüge. Ich darf ihrer Erinnerung in Sachen „Skandal“ ein wenig auf die Sprünge helfen, Stichworte: AKH, Lucona, BAWAG, oder KH Nord, um nur ein paar zu nennen. Diese haben den Steuerzahlern Milliarden-Kosten verursacht, diese dumme „Aktion Ibiza“ hat nur den beiden involvierten Politikern geschadet, die ihre Prahlereien in der Regierungspartnerschaft nicht einmal ansatzweise eingebracht haben!

Klaus Weiß, Eferding



tag im Dezember 2017 eine Verordnung, die das gesetzlich festgehaltene Ablehnungsrecht für den neuen Smart-Meter-Stromzähler aushebelte. Diese Verordnung ist noch immer in Kraft, obwohl der Rechnungshof in einem 129-seitigen Bericht alle unfassbaren Vorkommnisse und Machenschaften zur milliardenschweren Einführung dieser „smarten“ Stromzähler aufgedeckt hat.

Fritz Loindl, Oberwang

Schluss mit Hetze

Ich verstehe die Reaktionen mancher Menschen nicht mehr, die rund ein Drittel der Österreicher und eine ganze Partei verdammen, nur weil zwei Politiker in eine perfide Falle getappt sind. Niemand ruft nach Aufklärung – wozu auch, denn sie haben sich ihr eigenes Vorurteil zum Urteil gemacht. Es sind gerade die Menschen, die unsere Vorfahren verdammen und bei jeder Gelegenheit durch den Dreck ziehen, weil es vor ca. 75 Jahren so etwas wie Sippenhaftung gegeben hat. Was ist das, was sie betreiben?

Stephan Pestitschek, Strasshof

Doppelmoral

Herr Blümel ist eine sehr widersprüchliche Person mit Doppelmoral. So faselt er immer von der angeblichen Notwendigkeit, die Koalition ohne Rücksichten sofort

aufzulösen, mit der ganzen FPÖ in Sippenhaft! Da muss man Blümel aber dann schon fragen, warum nach Herrn Strasser nicht auch alle ÖVP-Spitzen in Sippenhaft genommen wurden und gehen mussten, wie man es von der FPÖ verlangt hat? Diese Schutzbehauptung, man hat keine Wahl gehabt, hätte dann damals wohl ebenso gegolten!

Armin Schütz, Wien



Gekaufte Medien?

Die Brexit-Partei von Nigel Farage hat bei der EU-Wahl einen haushohen Sieg eingefahren. Bedenkt man die Gehirnwäsche der letzten Jahre, die über Österreich und Deutschland niedergeprasselt ist, wo ständig behauptet wurde, dass die Briten in der EU bleiben wollen, ja dann kann man nur fragen: Wer hat die Medien gekauft und beeinflusst, um uns hier täglich Lügen aufzutischen?

Stefan Scharl, Klosterneuburg

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue Freie Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- Halbjahrespreis € 15,- Jahrespreis € 30,- Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
 Auslandsjahresbezug € 73,- Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
(Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



Rot und Grün verschulden Stadt auf Generationen!

„Willkommenskultur“, Sinnlos-Projekte und Unfähigkeit kosten Unsummen

In der letzten Sitzung des Wiener Gemeinderats kam die Steuergeldverschwendung der rot-grünen Stadtregierung aufs Tapet. FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp warf Rot-Grün vor, aus Fehlern nichts zu lernen, sondern sie stets zu wiederholen.

„Einfach unverantwortlich“ nannte der freiheitliche Vizebürgermeister die Fortsetzung der Schuldenpolitik durch die rot-grüne Stadtregierung. Die Steigerung des Schuldenberges um weitere 289 Millionen Euro in Zeiten der Hochkonjunktur seien einem fahrlässigen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler geschuldet.

„Wer für eine völlig undifferenzierte ‚Willkommenskultur‘, unzählige Sinnlos-Projekte und hausgemachte Unfähigkeit wie beim Krankenhaus Nord immer neue Mittel freigibt, braucht sich über neue Schulden nicht zu wundern“,



Nepp: Trotz Mehreinnahmen steigen die Schulden immer weiter.

kritisierte Nepp die „fortgesetzte Steuergeldverschwendung“ der Stadtregierung.

Mehr Einnahmen, mehr Schulden

Anhand der ohnehin viel zu hohen Abgaben in Wien, gepaart mit der aktuellen Hochkonjunktur, könnte die Stadt – würde sie ordentlich verwaltet werden – Überschüsse erzielen und in weiterer Folge Schulden abbauen und Steu-

ern senken. Dass das nicht geschehe, sondern, im Gegenteil, sogar noch neue Schulden gemacht werden, sei unverantwortlich und unverzeihbar gegenüber den Steuerzahlern. „Und das, obwohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht besser sein könnten. Kaum auszudenken, was für Schulden Rot-Grün in schlechteren Zeiten machen würden“, bemerkte der FPÖ-Vizebürgermeister.

Ludwig wandelt auf Häupls Spuren

Entgegen unzähliger rechtlicher Bedenken hat die Stadtregierung das skandalöse Großbauprojekt Gallitzinstraße in Ottakring in der montägigen Sitzung des Gemeinderates durchgeboxt. „Keine Rücksichtnahme auf die Anliegen der Bürger – so sieht rot-grüne Politik in Wien aus“, empört sich der Klubobmann der Wiener FPÖ, Toni Mahdalik.

Selbst das laufende Prüfverfahren des Stadtrechnungshofes habe SPÖ und Grüne nicht davon abgehalten, ihren Willen in Hinblick auf das Skandalprojekt durchzusetzen. „Den geplanten Wohneinheiten in zehn Blöcken, die bis zu 16 Meter hoch mitten in den UNESCO-Bi-

osphärenpark Wienerwald betonierte werden sollen, steht demnach nichts mehr im Weg“, bedauert der Freiheitliche.

Die Verbauung des Erholungs- und Naturraumes im 16. Wiener Gemeindebezirk sei nicht nur ortsunüblich und überdimensioniert, es liege zudem der Verdacht gleichheitswidriger Bevorzugung einzelner Bauträger als künftige Eigentümer nahe, zeigt Klubchef Mahdalik auf: „SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig wandelt unbeirrt auf den Spuren seines Vorgängers Häupl und scheint nicht in der Lage und auch nicht willens zu sein, der Baulobby endlich die Grenzen aufzuzeigen!“



Mahdalik: Ludwig setzt Häupls „Drüberfahr-Politik“ einfach fort.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



Das provisorische Parlament residiert ja bis auf weiteres nahe dem Minoritenplatz. Wobei einst die Minoriten als „mindere Brüder“ bezeichnet worden sind. Kann man da ganz ohne Gendern einige, auch weibliche Abgeordnete meinen? Und wer fällt einem dabei so ein?

Kurz oder gut

Angeblich in zwei Jahren ist dann das Haus am Ring saniert, und vor dem steht ja die Pallas Athene.

Die gilt als Göttin der Weisheit, ist aber merkwürdigerweise auch die Göttin des Kampfes, was zusammenpasst wie Tag und Nacht. Die alten Griechen aber haben sich sicherlich was dabei gedacht.

Egal, in diesem Abgeordnetenhaus also hatten diese Woche für kurze Zeit die Mäus' Kirtag, den Kickl hatten sie rausgeschossen. Sympathisch war die blaue Solidarität: Wenn der Kickl gehn muss, gemma alle.

Und jetzt? Ich bin da grad nach dem Misstrauensantrag gegen den Kurz vorbeigekommen. Ohne dass ich sie gefragt hätte, hat eine der dort stehenden Damen zu mir gesagt: „Was glaubt er denn? Halt er si für'n Putin?“

Das glaub ich zwar nicht, russische Ähnlichkeiten schließt er zumindest jetzt bestimmt aus.

Aber sich warm anziehen, das wird er müssen. Schad, da wird er jetzt im Frühling ganz schön schwitzen.

BURGENLAND **Aufschwung hält an**

Die neuesten Zahlen der Statistik Burgenland belegen, dass der burgenländische Tourismus weiter im Aufschwung ist. Im April konnte ein Plus von 7,2 Prozent bei Gästeankünften und ein Plus von 9,3 Prozent bei Nächtigungen verzeichnet werden, berichtete FPÖ-Wirtschaftslandesrat Alexander Petschnig: „Ich freue mich über diese positiven Tourismuszahlen. Im Juni wird mit der Neueröffnung des Kurhauses Marienkron in Mönchhof der Entwicklung Rechnung getragen, den Gästen weiterhin Qualität und Exklusivität zu bieten.“

TIROL **Nummer 2 in Osttirol**

Über einen deutlichen Stimmenzuwachs für die FPÖ bei der EU-Wahl in Osttirol freut sich der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gerald Hauser: „Wir haben in Osttirol 14,74 Prozent der Stimmen erhalten und bei gestiegener Wahlbeteiligung weiter zugelegt und sind klare Nummer zwei in Osttirol. Ein herzliches Danke an unsere Wähler!“



Gerald Hauser

NIEDERÖSTERREICH **Mehr Gerechtigkeit**

Das neue Sozialhilfegesetz mit echter freiheitlicher Handschrift sorgt endlich für mehr Gerechtigkeit, kündigte FPÖ-Landesrat Gottfried Waldhäusl an, der am Entstehen des Grundsatzgesetzes im Sozialministerium mitgearbeitet hatte: „Migrantenfamilien werden künftig nicht mehr 4.000 bis 5.000 Euro monatlich lukrieren, während der durchschnittliche Niederösterreicher nicht einmal die Hälfte davon über sein Gehalt erhält.“ Ganz wichtig war und ist für Waldhäusl, dass der Bezug der Sozialhilfe für Asylberechtigte künftig an positiv absolvierte Integrationsmaßnahmen gekoppelt ist: „Einen finanziellen Zuschuss erhält künftig nur noch jener, der sich ein entsprechendes Sprachniveau aneignet. Eine Integration ohne Deutschkenntnisse ist bekanntlich schlichtweg nicht möglich.“

Rote Fehlentscheidung kostet den WAC Millionen Euro**„SPÖ-Waldprojekt“ vertreibt erfolgreichsten Fußballklub Kärntens**

Kärntens Sportreferent, Landeshauptmann Peter Kaiser, sieht vor lauter „Baumkunst“ seine **eigentlichen Aufgaben nicht mehr.**

Kaisers Entscheidung, das Klagenfurter Fußballstadion ab August 2019 bis März/April 2020 dem umstrittenen sogenannten Kunst-Projekt „For Forest“ zu überlassen, kostet den erfolgreichsten Kärntner Fußballklub, den Wolfsberger AC, mehrere Millionen Euro“, kritisiert FPÖ-Landesparteichef Gernot Darmann.

KÄRNTEN 

Foto: FPÖ Kärnten

Bäume statt Fußball

Der WAC könnte bei den drei Europa League-Spielen, die er sich dank einer großartigen Saisonleistung im kommenden Herbst gesichert hat, jeweils 30.000 Zuschauer im „Wörthersee-Stadion“ begrüßen. Immerhin sind so berühmte Teams wie der AC Milan, Arsenal

Darmann: Kaisers „Kunstsinn“ bringt den WAC um Millionen Euro.

London, FC Sevilla oder Borussia Mönchengladbach mögliche Gegner, die von tausenden Anhängern begleitet werden.

„Weil aber Kaiser im Stadion lieber Bäume aufstellen lässt, die den Rasen monatelang ruinieren wer-

den, muss der Fußballklub nach Graz, Salzburg, Udine oder Laibach ausweichen. Dorthin werden den Klub weit weniger Kärntner Zuseher begleiten. Dem WAC entgehen damit Einnahmen in Millionenhöhe“, empörte sich Darmann.

OBERÖSTERREICH **Eine Reform, die wirkt**

Der erste umfassende Bericht über die von der FPÖ initiierte Reform der Mindestsicherung des Landes Oberösterreich im Jahr 2016 fördert zutage, dass statt der damals prognostizierten Mehrkosten von 200 Millionen Euro Einsparungen in Höhe von 2,69 Millionen Euro zu Buche stehen.



Foto: Andrea Mager/afp/afp.at

Mahr: Mindestsicherungsreform zeigt positive Wirkung.

„Wir haben die richtigen Impulse zur richtigen Zeit gesetzt. Bei der Zahl der Bezieher sind wir auf das Niveau von 2014 zurückgekehrt“, zeigten sich FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr und der Sozialsprecher des Koalitionspartners ÖVP, Wolfgang Hattmannsdorfer, zufrieden mit dem Erfolg der Reform. „Seit 2017 konnten wir allein durch die erste Novelle 2,69 Millionen Euro einsparen. Das ist ein höchst erfreuliches Ergebnis“, sagte Mahr.

Die Zahl der Bezieher im Berichtszeitraum zeigt sowohl ein Jahr vor, als auch ein Jahr nach der Novelle noch moderate Zuwächse, aber von 2017 auf 2018 zeigen sich erstmals sinkende Werte. 38 Prozent der BMS-Bezieher erhielten Ende 2018 die eingeführte „gedeckelte Mindestsicherungsleistung“. Rund 70 Prozent davon sind keine österreichischen Staatsbürger, rund 59 Prozent sind Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte.

NIEDERÖSTERREICH 

Foto: FPÖ Niederösterreich

FPÖ gestärkt für Herbstwahl

„Wir Freiheitliche sind ein starker und verlässlicher Partner für unsere Bevölkerung“, interpretierte Niederösterreichs geschäftsführender FPÖ-Landesparteiobmann Udo Landbauer das aktuell vorliegende Ergebnis der EU-Wahl inklusive Briefwahlprognose. Der Stimmenzuwachs für die FPÖ von mehr als 20.000 Wählern in Niederösterreich zeige, dass die Menschen den konsequenten Weg der FPÖ begrüßen. Die kommende Nationalratswahl werde „die stärkste und intensivste freiheitliche Wahlbewegung“ sehen, kündigte Landbauer an.

SALZBURG 

Zwei Stimmzetteln könnten Salzburgs Bürger verwirren. So argumentiert die ÖVP gegen die Zusammenlegung von Gemeinderats- und Landtagswahl.

ÖVP gegen FPÖ-Vorstoß zur Wahlzusammenlegung

ÖVP hält Wähler für unmündig und langjährige Praxis als undemokratisch

Bis zum Finanz-Skandal hielt Salzburg die Gemeinderats- und Landtagswahlen zeitgleich ab. Aus politischem Kalkül lehnt die ÖVP dies nunmehr ab.

Bis zum rot-schwarzen Finanz-Skandal und den daraus resultierenden vorgezogenen Landtagswahlen des Jahres 2013 fanden diese gemeinsam mit den Gemeinderatswahlen statt. Diese Vorgehensweise verminderte bürokratische Hürden, hohe Kosten und ersparte den Bürgern einen Dauerwahlkampf.

Diesen Status wollten die Salzburger Freiheitlichen wieder ein-

führen. „Dass mit der ÖVP nicht nur kein Staat zu machen ist, erleben wir ja gerade. Es aber auf reine Machtversessenheit zu reduzieren, wäre zu wenig“, erklärte FPÖ-Landtagsabgeordneter Andreas Schöppl.

ÖVP hält Bürger für dumm

Der ÖVP-Abgeordnete Wolfgang Mayer nannte den wahren Hintergrund für die schwarze Verweigerung: Er traut den Wählern nicht zu, zwischen Gemeinde- und Landespolitik zu unterscheiden. Kurz gesagt, er hält sie für zu dumm.

Darüber hinaus befand der ÖVP-Abgeordnete eine Zusammenlegung gar für undemokratisch. „War gelebte Demokratie vor dem von ÖVP und SPÖ verursachten Finanz-Skandal etwa außerhalb des praktizierten Verfassungsbogens? Man könnte meinen, dass Salzburg laut Mayer Jahrzehnte demokratisches Brachland gewesen wäre“, wundert sich Schöppl.

Mit der schwarz-grün-rosa Regierungsmehrheit wurde der freiheitliche Antrag abgeschmettert. Der Wahlmarathon wird in Salzburg dank der ÖVP also munter weitergehen.

Reform-Verweigerer

Im Rahmen der Landtagssitzung am vergangenen Dienstag richtete der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann eine Anfrage unter dem Titel „Was wurde aus der angekündigten Reform der Sozialhilfeverbände“ an ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer.

Der gestand, dass „eine Diskussion über den internen Prüfbericht“ der Gemeindeabteilung zu den Sozialhilfeverbänden eingeleitet worden sei, schließlich habe dieser doch „massive Missstände“ auf-

gezeigt und eine Reform des Verbandssystems angeregt.

Trotz mehrmaliger Aufforderung durch die FPÖ hätten Rot-Schwarz diesen Bericht allerdings nie veröffentlicht, kritisierte Hermann den ÖVP-Landeshauptmann: „Es ist bedauerlich, dass die schwarz-rote Landesregierung hier in völliger Untätigkeit verharrt. Denn in den Sozialhilfeverbänden wird derzeit rund eine Milliarde Euro an Steuergeld verwaltet. Die FPÖ wird sich dafür stark machen, dass eine tiefgreifende Reform endlich kommt!“

STEIERMARK 

Hermann: Massive Kritik, aber keine Reform der Sozialhilfevereine.

LÄNDER-
SACHE

Marlene Svazek
FPÖ-Landesparteiobfrau Salzburg

Häme. Die Freude am Leid und Schaden eines Anderen. Ein moralischer Verfallsposten, der sich – dank sozialer Medien – gern oft stunden-, tage- oder sogar wochenlang feiern lässt. Am besten gemeinsam. Ohne jetzt wertend klingen zu wollen: Aber wer sich zu sehr über den Verlust eines Anderen freuen muss, dem blieb nur der Genuss des eigenen Sieges schon zu lange verwehrt. Deshalb ruhig und besonnen bleiben. Mitlachen. Und ja, abwarten.

Abgründe

In leicht abgewandelter Form – und mit dem Unterton einer gewissen Überheblichkeit – tritt zeitgleich das oberlehrerhafte „Besserwissen“ ein. „So habe ich es doch immer gewusst!“, „Hätte man doch nur auf mich gehört!“, schallt es kopfschüttelnd aus den Rängen. Ein Phänomen, das gerade auf „Twitter“ eine Renaissance erlebt.

Etwa auf den Pinnwänden von rund 50 „Kommunikatoren“ österreichweit. Eine Handvoll von Menschen also, die kaum repräsentativ für eine Bevölkerung sein kann, die es eben nicht nötig hat, die vermeintlichen Tiefen ihrer Charaktere so dermaßen in die Auslage zu stellen. Doch sehen wir es als Chance. Denn was fürchtet der Besserwisser am meisten? Genau, den Besserkönner.

Ja, und dann wär' da noch der Hochmut. Das ist, wenn man plötzlich nur noch von der eigenen moralischen Überlegenheit sprechen kann. Endlich davon ablenken können, einmal nicht im Scheinwerferlicht der Umstrittenheit schwitzen zu müssen. Und deshalb glaubt mir, liebe Freunde und seid versichert: Gegen Häme hilft Geduld, gegen Besserwisser der Beweis. Aber Hochmut kommt vor dem Fall.

GEZWITSCHER



Fabian Eder

@Fabian_Eder_AUT



Wenn Nazis gesellschafts- und regierungsfähig gemacht werden: #ibizagate und #strachevideo sind nicht die einzige negative und gefährliche Auswirkung der zahllosen Einzelfälle der rechtsradikalen #FPÖ Politik in #Österreich

22.05.19 22:04

Ach ja, Hasspostings und Verleumdungen kommen ja nur von den „bösen Rechten“, die Kunstschaffenden referieren nur „Tatsachen“.

Thomas Marx

@ThomasAMarx



Wenn die #SPÖ & #ÖVP gscheit sind, investieren sie mehr in die Erhöhung der Anzahl der Bildungsbürger! Mit dem Bodensatz dems nur darum geht gegen Ausländer zu hetzen, ist kein Staat zu machen!

26.05.19 11:06

Naja, solange der „Bodensatz“ brav SPÖ gewählt hat, nannten ihn rote Bildungsbürger noch das „starke Herz“ der Sozialdemokratie.

WHATSAPP



DANKE!

Wir können stolz sein! ❤️

GEFÄLLT MIR



Harald Vilimsky

26.05.2019

Ganz herzlichen Dank an unsere treuen Stammwähler! Nur so war angesichts der jüngsten Ereignisse ein derart respektables Ergebnis möglich!



2.618 Personen gefällt das.

Und schon ist der nächste linke Wunschraum geplatzt, der von der „Protestpartei FPÖ“.

Die ARD-„Tagesschau“ und der braune Balkan bei der FPÖ

Anti-FPÖ-Kampagne in Deutschland wird immer geschmackloser

Die FPÖ ist für deutsche Medien – siehe „Ibiza-Video“ – ein rotes Tuch. Jetzt auch in der Nachrichtensendung des öffentlich-rechtlichen ARD.

Deutsche Medien sind nicht gut auf die Freiheitlichen beim kleinen Nachbarn zu sprechen. Auch deswegen, weil ihre Politik als Vorbild für die „Alternative für Deutschland“ gilt. Und die AfD macht den etablierten Parteien und deren Medienfreunden das Leben schwer.

Keine Entschuldigung

Nach der Veröffentlichung des „Ibiza-Videos“ durch „Spiegel“ und „Süddeutsche Zeitung“, gegen die jetzt deswegen eine Anzeige vorliegt, hat jetzt auch der öffentlich-rechtliche ARD ihre „Distan-



Keine Entschuldigung des ARD für diese Geschmacklosigkeit.

zierung“ zur FPÖ offenbart. Weil der Wählerzuspruch zur FPÖ bei der EU-Wahl für die Sendungsmacher der Hauptabendnachrichtensendung anscheinend nicht passte, oder als zu hoch empfunden wurde, tat man dies bei der Balkengraphik zum Stimmenanteil den Zuschauern kund: Der Balken für die 17,2 Prozent der Freiheitlichen war nicht

wie üblich blau, sondern braun!

Für die Sendungsverantwortlichen offensichtlich kein Grund, sich zu diesem „politischen Statement“ des Graphikers zu äußern, geschweige denn, sich für diese Schweinerei zu entschuldigen. Weder bei den eigenen Zuschauern, noch bei den Freiheitlichen in Österreich.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Dass die Medien unreflektiert das Gebrabbel des Kanzlers von einer „Staatskrise“ übernommen haben kritisieren die „Vorarlberger Nachrichten“ zurecht als Wahlkampfwerbung für die ÖVP: „Die Kurz-ÖVP ist Meisterin des politischen Framings, sie deutet sich die Welt,



wie sie ihr gefällt ...“ Und apropos mediale Moral nach „Ibiza“: Die „blaue Ratten-Karikatur“ in der Wahlsonntags-„Krone“ habe auch schon niemand mehr als anstößig, geschweige denn menschenverachtend empfunden, vermerken die „VN“ doch verwundert.

Die EU-Wahl beschert der Union ein „bunteres, aber unruhigeres Europaparlament“, hat jetzt die „Pres-



se“ entdeckt. Aber was soll die EU aus dem Ergebnis lernen? Ach ja, die Zeit sei reif für eine Frau an der Spitze der Kommission. Und die Lösung der Vertrauenskrise der EU: Zusammenhalten, die „böse Rechte“ im Schach halten! Na, denn.

FPÖ TV
Direkt

Das neue Magazin

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

Bleib informiert auf [f/fpoe](https://www.facebook.com/fpoe)

Lisa Gubik, Christian Schuch

Ein Opern-Geburtstag ohne Heinz Holecek

Eine Würdigung des vergessenen Stars

Die 150-Jahre-Feiern der Staatsoper waren sehens- und hörens- und hörens-wert. Das muss man den Organisatoren und Mitarbeitern lassen.

Und das Fernsehen hat vorwiegend mit seinem Sender ORF III brav mitgeschnitten und auch eigene Betrachtungen über dieses wichtige Haus produziert. Man hat dabei auch viel Neues erfahren. Neues über Altes, vorwiegend über die Zerstörung der Oper durch die amerikanischen Bomber. Sie haben die Oper für den Westbahnhof gehalten... Dass man dann, zur Eröffnung des wiederaufgebauten Opernhauses, den damaligen obersten Armeeguru der Amis eingeladen und hofiert hat, war nur der sprichwörtlichen Freundlichkeit der Österreicher zu verdanken. Verdient hat er sie sich nicht.

Einst und jetzt

Und bei all den Rückblicken kamen die damals Prominenten zu Wort und Gesang. Das legendäre Mozart-Ensemble unter Karl Böhm etwa. Karajan, Bernstein, alles leider Vergangenheit, die man, als sie Gegenwart war, vielleicht nicht so

bejubelt hat, wie es ihr zugestanden wäre. Der Mensch hat diese Eigenschaft. Erst wenn einer tot ist, weiß man ihn so richtig zu schätzen.

Und bei all diesen posthumen Ehrungen hat mir einer gefehlt: Heinz Holecek. Vielleicht ist er in irgendeinem Eckerl einer Sendung vorgekommen und ich hab das nicht gesehen. Aber allein dass er DER Papageno war, hätte man schon erwähnen können.

Ja sparsam muss man sein

Ich hab ihn gut gekannt, bin auch mit ihm – er war für mich bald der „Honzo“ – oft mit meinen Geschichten und Gedichten aufgetreten, und er hat mir viel über sich erzählt. Zum Beispiel die Sache mit seinem ersten Papageno-Auftritt. Er ist damals pünktlich vor der Vorstellung im Haus gewesen, und man hatte ihm gesagt, dass in Ermangelung entsprechender Finanzen das Kostüm seines Vorgängers auf ihn warten werde.

Und als er die Gewänder anziehen wollte, kam er drauf, dass ihm die Jacke viel zu klein war. Man hatte irrtümlich jene des Walter



Heinz „Honzo“ Holecek in seiner Paraderolle als Papageno.

Berry vorbereitet, Honzo aber passte da nicht hinein. Was tun?

Damals war der Fundus der Oper provisorisch im 22. Bezirk. Und es waren noch knappe dreißig Minuten bis zur Vorstellung. Einer der Mitarbeiter hatte eine „Maschin“. Auf der raste er in die Donaustadt. Und zurück. Es dürfte sich um einen Rekord, noch dazu ohne poli-

zeiliche Folgen, handeln, er war drei Minuten vor der Vorstellung mit dem passenden Kostüm des Erich Kunz zur Stelle.

Hätten die Opern- und Fernsehleute' von heute nicht wenigstens die Arie des Holecek-„Vogelfängers“ spielen können? Ich mein' halt. Nicht nur, weil er mein Freund war. Honzo hätte es sich verdient. H.P.

Einstimmige Wiederwahl in der FPÖ Enzenkirchen

Beim Ortsparteitag der FPÖ Enzenkirchen wurde Franz Auzinger einstimmig als Ortsobmann wiedergewählt. Ebenfalls alle Stimmen konnten seine Stellvertreter Manfred Wagner sowie Karl Kislinger

als Kassier und Christian Perndorfer als Schriftführer auf sich vereinen. Bundesrat Thomas Schererbauer bedankte sich bei Obmann Auzinger und der gesamten Ortsgruppe für die hervorragende Arbeit.



Thomas Schererbauer (r.) gratulierte dem wiedergewählten Obmann Franz Auzinger (4.v.l.) und seinem Team in der FPÖ Enzenkirchen.

„Money Maker“ – Lizenz zum „Geld scheffeln“

Das beliebte Sommer-Rubbellos hat wieder Saison

Der Sommer kann kommen! Denn das beliebte Sommer Rubbellos „Money Maker“ ist wieder in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich. Mit dem Los geht's jetzt einmal los, den wohlthuenden Geldregen in der TV-Geldusche gibt's dann wieder im Juli und im August. Das Los ist ab sofort für 3 Euro in allen Annahmestellen der Österreichischen Lotterien erhältlich und wartet mit Sofortgewinnen bis zu 10.000 Euro. Zudem befindet sich auch heuer wieder ein Bonus Spiel auf dem Los, bei dem man 3 bzw. 9 Euro gewinnen kann.



Zwei Wege in die Geldusche

Der besondere Reiz von „Money Maker“ besteht in der Chance, in der Geldschef-fel-TV-Show aufzutreten. Unter der Rubbelfläche befinden sich neben den Geldbeträgen auch ORF-Symbole. Wer drei ORF-Symbole aufrubbelt, dem ist der Eintritt in die Geldusche sicher. In der diesjährigen „Money Maker“-Serie mit 1,2 Millionen Losen gibt es 100 Lose mit drei ORF-Symbolen. Alle Spielteilnehmer, die drei Lose mit je zwei ORF-Symbolen an „Money Maker“, 1038 Wien, Postfach 50, einsenden, nehmen an den Ziehungen zur Ermittlung weiterer Kandidaten für die Geldschefel-TV-Show teil.

Der besondere Reiz von „Money Maker“ besteht in der Chance, in der Geldschef-fel-TV-Show aufzutreten. Unter der Rubbelfläche befinden sich neben den Geldbeträgen auch ORF-Symbole. Wer drei ORF-Symbole aufrubbelt, dem ist der Eintritt in die Geldusche sicher. In der diesjährigen „Money Maker“-Serie mit 1,2 Millionen Losen gibt es 100 Lose mit drei ORF-Symbolen. Alle Spielteilnehmer, die drei Lose mit je zwei ORF-Symbolen an „Money Maker“, 1038 Wien, Postfach 50, einsenden, nehmen an den Ziehungen zur Ermittlung weiterer Kandidaten für die Geldschefel-TV-Show teil.

Echt fruchtig: Das neue Brieflos „Erdbeere“

Mit „BONUSRAD“ und Hauptgewinnen bis zu 100.000 Euro

Das neue Brieflos „Erdbeere“ startet pünktlich zur Erdbeersaison. Köstlich rote Früchte zieren das Sommer-Brieflos, in welchem zwei Hauptgewinne bis zu 100.000 Euro und viele weitere Gewinne stecken. Und das Beste daran: Steht auf dem Gewinnabschnitt des Briefloses „BONUSRAD“, hat man in jeder Trafik und Annahmestelle in ganz Österreich die Chance auf einen Sofortgewinn.

Und so geht's: Das Brieflos wird vor Ort eingescannt und das virtuelle „BONUSRAD“ beginnt sich auf dem Kundenbildschirm zu drehen und kommt auf einem von neun Gewinnfeldern zu stehen. Der Hauptgewinn bei Brieflos beträgt 10 Euro, beim Super Brieflos 30 Euro und beim Mega Brieflos 100 Euro.

Das Brieflos „Erdbeere“ ist zum Preis von 1 Euro erhältlich.



„Politik hautnah“ – Auftakt der Medien-Akademie

Klubdirektor Norbert Nemeth eröffnete den neuen Lehrgang des Freiheitlichen Bildungsinstituts

Am 16. Mai 2019 startete die Medien-Akademie, eine neue Ausbildungsschiene des Freiheitlichen Bildungsinstituts (FBI). Unter dem Motto „Politik hautnah“ trafen sich die Teilnehmer, die aus allen Bundesländern angereist waren, zum Auftakt des Lehrgangs in den provisorischen Klubräumen des Freiheitlichen Parlamentsklubs in Wien, wo sie von Klubdirektor Norbert Nemeth und FBI-Chef Klaus Nittmann begrüßt wurden.

Professionelle Medienarbeit

Klubdirektor Nemeth erklärte die unumstrittene Bedeutung der Medien wie der Kommunikation in der Politik. Es bedürfe eines starken Bewusstseins des Verhältnisses von Medien und Politik und eines reflektierten Umgangs miteinander. In diesem Sinn begrüße er die neue Medien-Akademie des FBI, die eine fundierte Ausbildung für Medienverantwortliche in der Freiheitlichen Partei anbiete.

Klaus Nittmann verwies auf die Inhalte des von ihm initiierten Lehrgangs, in dem es um politische Öffentlichkeitsarbeit, professionelle Pressearbeit, digitale Kommunikation und Medienrecht gehe, wie der Weg in die Öffentlichkeit funktioniere und welche Instrumente dafür notwendig seien. Der Spruch „Was nicht in den Medien steht, ist nicht passiert“, sei allseits bekannt, betonte Nittmann.

Politik hautnah

Anschließend ging es für die Teilnehmer in die Zuschauerloge des Parlaments in der Hofburg, wo sie einer Sitzung des Nationalrates beiwohnten, um die „hohe Politik“ einmal hautnah mitzuerleben.

Bevor es vom Parlament in die Seminar-Räumlichkeiten ging, stand ein Empfang im Büro der Dritten Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller auf dem Programm. Kitzmüller beglückwünschte die Teilnehmer zu ihrem



Norbert Nemeth (6.v.l.) und Klaus Nittmann (5.v.r.) mit ihren Schützlingen.

Engagement in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft. Sie wies darauf hin, dass es im Wechselspiel zwischen Politik und Medien höchster Professionalität bedürfe, um politische Inhalte der Öffentlichkeit so zu übermitteln, wie sie intendiert seien.

Die Medien-Akademie wird vom Freiheitlichen Bildungsinstitut, Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit, als Lehrgang für in diesem Bereich tätige Interessierte angeboten und findet in fünf Modulen berufsbegleitend in Wien statt.



Politische Bildung aktuell

Partei Regierung Parlament EU

Am 26. Mai 2019 fand in Österreich die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Dabei gingen 34,6 Prozent und sieben Mandate an die ÖVP, 23,9 Prozent und fünf Mandate an die SPÖ sowie 17,2 Prozent und drei Mandate an die FPÖ. Die Grünen erhielten zwei und die NEOS ein Mandat. Aus diesem Anlass soll das direkt gewählte EU-Organ kurz erklärt werden.

Das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament (EP) wird gemeinhin als die „demokratischste“ der vielen EU-Institutionen bezeichnet, weil es seit dem Jahr 1979 direkt gewählt wird. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden alle fünf Jahre statt. Jedes Land organisiert den Wahlgang selbst und entsendet – je nach Bevölkerung – eine bestimmte Anzahl an Abgeordneten.



Die kleinsten Staaten schicken aktuell mindestens sechs Abgeordnete, während die größten maximal 96 entsenden. Ursprünglich sollte das EP nach den Wahlen im Mai 2019 wegen des geplanten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU von 751 auf 705 Sitze verkleinert werden.

Die Sitze Österreichs im EP hätten sich damit von derzeit 18 auf 19 erhöht. Durch die nun erfolgte Teilnahme der Briten an der Europawahl dürfte sich diese Variante aber verzögern. Aktuell soll Großbritannien die EU nämlich erst am 31. Oktober 2019 verlassen. Ähnlich dem österreichischen Nationalrat organisieren sich die Mitglieder des EP in politischen Fraktionen und nicht nach Mitgliedstaaten, obwohl sie im Idealfall die Interessen des eigenen Heimatlandes vertreten sollten.

Das Parlament hat jedoch – im Gegensatz zu nationalen Parlamenten – kein Initiativrecht. Die Gesetzesvorschläge kommen von der EU-Kommission und müssen sowohl die Zustimmung des

EP als auch des Rats der Europäischen Union finden. Das EP kann die Kommission nur auffordern, in einer bestimmten Angelegenheit tätig zu werden. Das EP hält übrigens zwölfmal jährlich viertägige Plenartagungen in Straßburg ab, während die Ausschüsse in Brüssel abgehalten werden und die Verwaltung hauptsächlich in Luxemburg sitzt.

Der freiheitliche Delegationsleiter Harald Vilimsky und eine große Anzahl weiterer Abgeordneter bezeichnen diese Situation als „Wanderzirkus, der den Steuerzahler jährlich rund 125 Millionen Euro kostet“. Sie fordern daher eine Zusammenlegung der Parlamentsstandorte.

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.